

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 500 Mark für einen Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 6. Juni 1923

Nummer 55

Vor neuen Lohnverhandlungen

Infolge der ungeheuren neuen Teuerungswelle, durch die die Kosten der Lebenshaltung seit dem Abschluß unseres gegenwärtigen Lohntarifs bis heute mehr als um die Hälfte gesteigert wurden, ist der Verbandsvorstand schon in der vergangenen Woche mit dem Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins zwecks anderweitiger Gestaltung der Lohnverhältnisse in Verbindung getreten. Nach dem derzeitigen Stande der Dinge ist nun damit zu rechnen, daß bereits am 4. Juni zwischen den beteiligten Organisationsvorständen Verhandlungen über eine Erhöhung der bisherigen Lohnsätze begonnen haben, und daß nötigenfalls noch im Laufe dieser Woche die Einberufung der Tariffkommission erfolgen wird. Da der Abschlußtag der vorliegenden Nummer vor diesen Verhandlungen der Organisationsvorstände liegt und eine Verschiebung ihres Erscheinungstages in Anbetracht der Unsicherheit des Abschlusses der betreffenden Beratungen nicht gut möglich ist, können wir noch keine bestimmteren Mitteilungen machen. Darauf kann sich aber die gesamte Kollegenschaft verlassen, daß alle berufenen Organisationsinstanzen keine Möglichkeit unversucht lassen werden, um der unerträglich gewordenen Notlage der Gehilfenschaft in möglichst kürzester Frist nach besten Kräften entgegenzuwirken.

Auch die Reichsregierung hat sich inzwischen im Verlaufe von Verhandlungen mit den Spitzenvertretern der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit für die Anpassung der Löhne an die Teuerung ausgesprochen. Es sei Ansticht der gesamten Regierung, daß mit dem neuen Marktsturz selbstverständlich auch auf dem Gebiete der Lohnpolitik eine veränderte Sachlage eingetreten ist, und daß es nunmehr eine bringende Aufgabe aller beteiligten Kreise und Behörden sei, die Löhne der gesunkenen Kaufkraft anzupassen. Dabei müsse auf das sprunghafte Anwachsen der Teuerung Rücksicht genommen werden, das in den Feststellungen des amtlichen Index naturgemäß erst nachträglich zum Ausdruck kommt.

Im übrigen genügt es wohl, darauf hinzuweisen, daß der Stand des Dollars mit etwa 80 000 schon um 15,7 Proz. höher ist als in der vorigen Woche, daß nach der „Industrie- und Handelszeitung“ der Ernährungskostenindex in der gleichen Zeit, also innerhalb einer Woche, um 21,8 Proz. gestiegen ist, daß die Preise für Lebensmittel und Haushaltungsartikel in Frankfurt a. M. vom 26. Mai bis 2. Juni um 25,2 Proz. gestiegen sind, daß die Großhandelsindexziffer der „Frankfurter Zeitung“ am 1. Juni das 14 539fache der Friedenspreise betrug oder um 78 Proz. höher war als Anfang Mai, und daß die Indexziffer der Lebenshaltungskosten für den Monat Mai nach der „Industrie- und Handelszeitung“ um 34,8 Proz. höher war als im April, und zwar mit 4003 gegen 2993. In der letzten Maiwoche bezifferte sich dieser Index auf 4992, was eine Steigerung um 66,7 Proz. gegenüber dem Monatsdurchschnitt des April bedeutet, wenn man die letzte Maihälfte als Mindestziffer für die jetzige Woche gelten lassen könnte. Es ist also nach dieser von Unternehmenseite selbst durchgeführten Statistik der Lebenshaltungskosten für die jetzige Zeit eine rund 5000fache Steigerung der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen, während der jetzige Buchdruckerlohn nur das 3025fache ausmacht. In allen diesen Zahlen sind die Preissteigerungen der laufenden Woche, auch die Brotpreissteigerung, noch nicht enthalten; sie sind auf alle Fälle nur als Mindestzahlen zu bewerten und lassen daher nur noch um so deutlicher die ungeheure Not erkennen, in die die Arbeiterschaft durch den neuen Marktsturz gekommen ist. Recht treffend faßte die Generalversammlung der Berliner Kollegenschaft am 31. Mai diese Situation in eine Entschließung zusammen, die u. a. folgendermaßen lautet:

War das Abkommen vom 21. Mai in der Voraussetzung der Erfüllung des von der Regierung gegebenen Versprechens auf Abbau der Lebensmittelpreise als annehmbar zu bezeichnen, so sieht sich jetzt die Gehilfenschaft durch die tiefe Teue-

rungswelle enttäuscht. Der so lange Jahre auf der Arbeiterschaft lastende Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse erwidert jegliche Lebensfreude und wächt sich zum Schaden des Volksganges aus.

Die Schuld an dieser Zerrüttung der Volkskraft trägt neben dem Unternehmertum nicht zuletzt die Regierung, die in ihrer Passivität gegen die Wucherpolitik der Produzenten und die Preissteigerungen des Groß- und Zwischenhandels bauend verharrt.

Die furchtbaren Flammenszeichen dieser traurigen Verelendungs-politik, wie sie während der letzten Tage im Westen des Reiches auf-leuchteten und verheerend das ganze Volk zu erfassen drohen, sind nur natürliche Folgen dieser ziel- und uferlosen Preis- und Wucherpolitik. Die daraus resultierenden Gefahren können nur zu einem völligen Verfall der deutschen Volkskraft führen, wenn nicht durch eine sofortige durchgreifende und laufende Anpassung der Löhne an die Lebenshal-tungskosten die eigentlichen Ursachen dieses Elends beseitigt werden. Es handelt sich nicht allein um Lebensfragen für die Arbeiterschaft, son- dern auch um solche für den Staat und das ganze deutsche Volk. Und wir Buchdrucker, ob Gehilfenschaft, Hilfsarbeiter oder Prinzipale, haben die Pflicht, in der Bekämpfung dieser Gefahren und Leiden mit an erster Stelle mitzuwirken, weil uns deren Folgen jeweils am empfindlichsten treffen!

Kampf den deutschen Wirtschaftsdiktatoren!

Die politische und die wirtschaftliche Reaktion werden durch das Ge-waltregiment der Franzosen nicht zuletzt großgezogen in Deutschland. Die Völkerrechtshände der Franzosen und Belgier an Ruhr und Rhein und weniger erkennbar die der Franzosen allein an der Saar sieht die andern Nationen nur als stille Beobachter auf der Zuschauer-galerie. Was brutale Siegere Gewalt zu vollbringen vermag, haben die schlimmsten Tendenzurteile von Mainz und Werden gezeigt, er-bringen die täglichen Mißhandlungen und häufiger werdenden Blut-opfer und dokumentieren die fortgesetzten, aller Rücksicht baren Aus-weisungen von Eisenbahnern, Beamten usw. sowie deren Familien. Auch Gewerkschaftsbeamte haben die wunderbare Verelendungs-politik des französischen Kompagnieflegers aus dem Weltkrieg schon ver-schiedentlich kennen gelernt; abgesehen von dem Tiefpunkte der Main-zer Verurteilungen. Man kann ohne Übertreibung sagen, der deutsche Militarismus und Verwaltungsbureaukratismus haben es herablich schlecht verstanden, sich Sympathien in fremdstämmigen Landesgebieten zu erwerben, der auf den Rücken fast der ganzen Welt aufgestande gekom-mene französische Imperialismus aber hat dafür überhaupt kein Ver-ständnis aufzuweisen. So ist der heldenhafte passive Widerstand der Arbeiter, Eisenbahner und Beamten an Ruhr und Rhein, auch an der Saar, am besten zu verstehen. Die dort hauptsächlich ansässige Schwer-industrie darf auf ihr Konto nichts davon sehen. Ihr Oberhaupt, der immer unangenehmer hervortretende Stinnes, hat ja schon vor zwei Jahren einem völkerrechtswidrigen Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet nichts Bedenkliches abgewinnen können. Einige Großindu-strielle des Westens haben jedoch nach dem 11. Januar 1923, als die Franzosen dann den belgischen Einmarsch der Deutschen von 1914 über-trumpften, eine gute Haltung gezeigt. Im allgemeinen aber hat von unten auf der Francose erst richtig erfahren, daß sein infamer Streich eine falsche Spekulation werden würde.

Die Schwerindustrie war bisher aktiver in der negativen Erfül-lungspolitik. Die letzte Wirtschaftserfüllungsnote hatte sie zwar schon zu einer gewissen Bindung verpflichtet, aber da es ihr und der gang-falsch eingestellten Politik Poincarés gegenüber dem Rabinett Wirth gelang, dieses gleich darauf zu stürzen, so glaubte man wieder Luft zu haben. Dieseminn war ja noch nie bei den Riesenverdienern zu konsta-tieren; wenn man einmal gab, dann nur gegen hohen Zins- und Zinseszins und Garantien anderer Art, die noch einräklicher waren. Mit der starken Beschränkung des politischen Horizonts, wie sie sich gerade bei Stinnes zeigt, glaubte man mit der mühsam zusammengestopften Regierung Cuno-Becker in eine Ära der „großen deutschen Politik“ ein-treten zu können. Das einfältige Gerede von der „diskontingfähigen Re-gierung“ war nach dem Wuttag 1922, ihrem Antritt, schon nicht mehr zum Anhören. Die feierlich übernommene Erfüllungspolitik kam durch

„das Kabinett der Köpfe“ dermaßen in Verzug, daß eines Tages (11. Januar) die Franzosen und Belgier in Essen waren und nun das selbst hosen wollten, was nach ihrer Meinung hauptsächlich durch Verschulden der zugeknöpften deutschen Schwerindustrie unterblieben war. Diese sah man — und das gewiß mit Recht — als Trägerin der politisch ganz unfähigen und wirtschaftlich ebenso ohnmächtigen neuen Reichsregierung an. Die französischen Mitbesser am Sturze von Wirth erkannten bald, daß mit dem verletzten Cuno viel weniger anzufangen war und gingen daher in die Rollen mit eigenmächtigen Sanktionen. Da die Reichsregierung mit dem riesenhaften Ruhrkredit die Situation für das Unternehmertum in weitem Maße erleichterte, der passive Widerstand der Arbeiter- und der Angestelltenchaft das übrige besorgte, so glaubten die Industriegewaltigen die Dinge einfach gehen lassen zu können.

Die so unpolitische und wirtschaftlich auch nur unfähige Regierung Cuno-Beder hat trotz ihrer großkapitalistischen Abstammung gerade vom Kapital her mit groben Schwierigkeiten zu kämpfen. Als Franzosen und Belgier die Entente durchbrachen und Reparationspolitik auf eigene Faust in Deutschland selbst zu treiben begannen, erging der Ruf zur nationalen Einheitsfront in allen Tönen. Die von Stinnes in großem Umfange abhängig gewordene, aber auch von andern Industrie- und Finanzkonzernen schon beträchtlich beherrschte Tagespresse leistete darin etwas Besonderes. Während man sonst ringsum nur eine Welt der Widersprüche und der Widersände gesehen hatte, sollte nun auf einmal wieder eine Götterdämmerung des Burgfriedens andrehen. Wir haben damals (schon am 18. Januar) sofort vor solchen Selbsttäuschungen gewarnt. Sogleich kam die Einheitsaktion der Ruhrspende. In den Arbeiterkreisen erhob sich zum Teil Kritik darüber, man traute dem Landfrieden mit der Opferwilligkeit der Unternehmer nicht oder wollte mit ihnen auch in diesem Falle keine Gemeinsamkeit, nachdem schon an einer ganzen Reihe von Wahrnehmungen eine kapitalistische Offensive gegen die Arbeiterschaft festzustellen war, darunter Beseitigung des Achtstundentages und Lohnabbau an erster Stelle stehend. Der „Korr.“ hat in diesem Falle ähnliche Empfindungen über das Unternehmertum geäußert (3. Februar), aber die Haltung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die sich aus einer Vorstandskonferenz ergab, aus praktischen Gründen glauben verstehen zu können.

Daß sofortige Ermahnungen der Reichsregierung an die Kreise der Produktion, der Landwirtschaft und des Handels zum Durchhalten, d. h. zur größten Mäßigung bei der Preisgestaltung, richtig waren, kann niemand bestreiten und ihre Notwendigkeit auf Grund genügender Erfahrungen niemand bezweifeln, daß aber bereits unter dem Datum des 24. Januar in dem „Korrespondenzblatt“ des ADGB, Nr. 4 im Anschluß an einen gemeinsamen Aufruf zur Ruhrspende eine Verwarnung an die beteiligten Kreise von deren Organisationen erging — sie wird hoffentlich in den Blättern derselben auch erschienen sein —, das war denn doch ein Skandal. Zur Charakterisierung dergleichen, die gegenwärtig am Ruhr bei der Geldentwertung sind und das deutsche Volk in namenloses Elend stürzen, sei dieser Aufruf mit seinen sämtlichen Unterschriften hier wiedergegeben:

Die Folgen des Ruhrsturzes an der Ruhr haben sich in einer weiteren starken Entwertung des Geldes ausgedrückt. Diese Entwertung entspricht nicht der tatsächlichen Wirtschaftslage Deutschlands. Infolgedessen besteht kein Anlaß, der Entwertung des Dollarkurses in der Preisentwertung in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe überhaupst nach- oder gar voranzuwellen. Diese Zurückhaltung verlangen wir von allen beteiligten Kreisen mit größtem Nachdruck. Anzustreben ist vielmehr, die Preisentwertung trotz der ungünstigen Gestaltung der Währungskurse mit allen Mitteln auch unter Opfern in erträglichen Grenzen zu halten. Insofern die Preissteigerungen eine entsprechende Festsetzung der Löhne und Gehälter folgen muß, sollen die Verhandlungen darüber von der Arbeiterschaft mit dem Willen zum Entgegenkommen bis zur äußersten Grenze des Möglichen, von den Arbeitgebern in Anerkennung der Schwierigkeiten geliebt werden, die sich aus der Gesamtlage Deutschlands auch für dessen Wirtschaft ergeben haben oder noch ergeben werden. Von beiden Seiten wird verlangt, daß mit Rücksicht auf die Gesamtlage alle Verhandlungen vom Geiste der Berantwortung und vom vorbehaltlosen Willen zur schnellsten Verkündung getragen werden.

Arbeitsgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmungen, Deutscher Handwerks- und Gewerbetammler, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der Bankleitungen, Reichsverband der Deutschen Industrie, Reichsverband der Privatversicherungen, Reichsverband des Deutschen Handwerks, Reichsverband des Deutschen Verkehrsgewerbes, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Zentralverband des Deutschen Großhandels.

(Im weitem folgten die Unterschriften der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer usw.). Die vierzehn wirtschaftlichen Organisationen auf Unternehmenseite müssen es doch tatsächlich für notwendig gehalten haben, schon nach dreizehn Tagen das Treiben ihresgleichen und die Mache der Geldentwertung anzuprangern! Man konnte das als den ersten Dolchstoß gegen die Ruhrwehr betrachten, aber es war doch nur der Anfang von viel Schlimmerem. Die großen und kleinen Verdienertreife pfiffen auf jeden Appell zur Moral.

Der zweite Dolchstoß ließ trotzdem nicht lange auf sich warten: am 31. Januar schon notierte der Dollar 50 000! Da bei dem Einmarsch in das Ruhrrevier am 11. Januar der Dollar auf 10 423 stand (bei Eintritt der Cuno-Regierung am 22. November 1922 auf nur 7032), so hatte die Ermahnung der Wirtschaftsverbände gar nichts besfruchtet. Auch die Regierung war ebenfalls verblödet worden. Es spekulierte, überkauerte und wucherte alles im munteren Reigen drauflos; auch unter den Spitzen der Appellunterzeichner vom 24. Januar werden nur noch wenige reine Loren gewesen sein. Daß

aber die Industrie- und die Finanzgrößen sich auch nicht anders besnehmen, wie während des Krieges so oft die Etappe die Front gefährdete, zeigte ein sachverständiger Leitartikel von Dr. James Rubin-feld im „Berliner Tageblatt“ vom 1. Februar. Er schrieb, die deutsche Spekulation sei nicht selten der Schrittmacher der Marktentwertung auf dem Weltmarkte gewesen, der Marktpessimismus wäre von den deutschen Finanzinstituten mitgenährt worden, die Banken verübten nationalen Betrug. Daß die Devisenspekulation durch die Kreditpolitik der Banken sehr gefördert worden ist, war ja auch die endliche Veranlassung des Einschreitens der Reichsbank dagegen.

Zum dritten Dolchstoß kam es, als Reichsregierung und Reichsbank hierauf an die Stabilisierung der Mark dachte, die doch einen Hauptbestandteil der Wirtshchen Reparationsnote vom 13. November ausmachte, und nun die Devisenspekulation mit Goldbeständen der Reichsbank bekämpften. Der Dollar kam am 16. Februar bis auf 18 852 M. herunter. Etwas andres war es aber mit den Preisen: sie stiegen weiter, obwohl der Dollar mit 20 000 bis 23 000 M. in eine gewisse Periode der Stabilisierung gekommen war. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Beder, Cunos gefährlicher und politisch überlegener Berater, mußte seine behend angenommene Methode, durch Lohnabbau zur Preisherabsetzung zu gelangen, aufgeben und eindringliche Ermahnungen, Verwarnungen und Androhungen hinausgehen lassen. In einem in der zweiten Februarhälfte erlassenen Rundschreiben an die Spitzenverbände der Industrie, des Handels, des Handwerks, der Landwirtschaft heißt es u. a.:

Fabrikanten und Händler, die ihre Preise mit dem Ansteigen der Devisenkurse fortlaufend erhöht hätten, trügen jetzt Bedenken, ihre Preise den fallenden Kursen anzupassen, so daß das inländische Preisniveau auf einer Höhe bleibe, die es weiten Kreisen der Bevölkerung unmöglich mache, die notwendigen Bedarfsgüter zu erwerben. Darum befehle eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und für die Geschlossenheit des Abwehrwillens gegen die Franzosen und Belgier.

Etwa Mitte März ging den genannten Spitzenverbänden eine zweite Beder'sche Note zu. Darin wurde den Kartellen vorgeworfen, daß ihre Preise nicht mehr als angemessen bezeichnet werden könnten. Der Minister erklärte, er sei nicht gewillt, „Auswüchse der Kartellgewalt“ hinsichtlich der Preisfestsetzung hingehen zu lassen, allen Nachrichten über eine „Diktatur der Kartelle“ müsse der Boden entzogen werden. Dazu kamen wieder einige Versicherungen energischen Zugreifens. Es ist immerhin anzuerkennen gewesen, daß Beder zweimal deutlich geworden ist; man wußte nun auch von einer ersten Regierungsstelle aus, wer in Betracht kam. Seine großkapitalistischen Pappenheimer kannten aber ihren Beder besser und ließen sich nur wenig stören.

Der vierte Dolchstoß wurde zu Anfang April bekannt durch das geradezu klägliche Viaso der Dollarhabenleihe. Reichsbankpräsident Havenstein hat am 29. Mai in dem auf Betreiben der Sozialdemokraten eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuß erklärt:

„Der Großhandel und das Kapitalistenpublikum“ hätten in dem von der deutschen Regierung und dem deutschen Volke geführten Existenzkampf ihre Devisen in den Rücken gelassen, anstatt sie in die Kampffront zu stellen.

Der recht alte Herr v. Havenstein ist kein scharfer Ankläger. Trotzdem ist seine milde Beurteilung eine gravierende Kennzeichnung des Patriotismus der Leute von Befiß.

Als fünfter Dolchstoß kommt der mit dem 18. April begonnene und nur gar zu sehr gezielte Anschlag auf die Markstabilisierung in Betracht. Dollarstand am 17. April war 21 156 M. Am 18. April ging er zeitweilig auf 30 000 M. hinauf und am 4. Juni haben wir mit einer Marktentwertung auf 78 000 M. jedenfalls immer noch nicht das Unheil voll erreicht. Reichsregierung und Reichsbank wurden von der hemmunglosen Kapitalgewalt, von verbrecherischer Spekulationsgier und den Rückschlügen der verpöfchten Cuno-Note vom 2. Mai im Auslande total überrannt. Das Unglück nahm nun einen rasenden Lauf. Wer jetzt die Vorstellung der Spitzhorganisations auf Arbeitnehmerseite vom 31. Oktober 1922 beim Reichstages gegen den weiteren Zerfall der Markwährung (damals 4187 M.) noch einmal durchgeht, dem stehen die Haare zu Berge über die Ohnmacht der Regierung gegenüber den inländischen Marktentwertern einerseits und ihr großes Ungehörig mit dem Reparationsproblem, wozu die gleichen Wirtschaftskreise allerdings viel, wenn nicht das meiste beigetragen haben. Die Gewerkschaftszentralen erklärten damals den öffentlichen Körperschaften des Reiches gefolgendes:

Die verheerenden Wirkungen des Marksturzes seien nicht mehr zu ertragen. Halbmonatliche, ja selbst wöchentliche Lohnverhandlungen wären keine Seltenheit mehr. Die rasende Teuerung spote aber selbst dieser Versuche, Schritt zu halten. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich Unmut, alles drehe sich nur noch um Lohn- und Gehalts-erörterungen. Neue Geldentwertungen und neue Preistreiberien machte jede Lohnvereinbarung wieder illusorisch. Die Produktion werde durch die allgemeine Erzeugung gehemmt. In einer Stabilisierung der Mark zu kommen, wäre daher die dringlichste Pflicht von Reichstag und Reichsregierung. Die Verordnung zur Einschränkung des Devisenhandels vom 14. Oktober 1922 könne nur ein erster Schritt sein. Es müsse hinzukommen eine werbefähige innere Anleihe für die sichere Deckung zu schaffen sei, entweder durch Heranziehung eines Teiles der Reichsbankgoldreserven oder durch eine den Geldwirtschaften sich anpassen zu referierende Steuer oder durch Solidarbeit der deutschen Erwerbsverhältnisse. Um dem weiteren Notendruck vorzubeugen, sei Abführung der Steuerlücken in kürzester Frist durchzuführen, ansonsten der Geldentwertung entsprechende Zuschläge. Ergänzung der Devisenverordnung durch eine Devisenkontrolle, zu der die wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angehörten herangezogen werden müßten. Durchsichtigmachung der Kartelle, Spanditate und Truffs, die teilweise durch eine volkswirtschaftlich schädliche Preispolitik den Zerfall der Währung fördern.

Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates am 11. Februar d. J. der Regierung und der Reichsbank gegen die Vernichtung der deutschen Währung elf Vorschläge unterbreiteten. Daß der vollständige

Währungsverfall nicht von den Arbeitern, Angestellten und Beamten ausgehen kann, besagt der Wortlaut dieser Vorschläge ebenfalls. Freilich ist nicht zu bestreiten, daß aus diesen Kreisen gar mancher zu dem modernen Tagelohnsgewerbe der Schieber und Gelegenheitshändler übergegangen ist, die mit den im großen operierenden Kapitalbesitzern sich gemeinsam am deutschen Volke verdingen. Dieses oder jenes, was in den beiden hier angeführten Forderungen enthalten ist, hat ja Verwirklichung gefunden. Wie spät erst und wie unzulänglich, das ist eine Sache für sich. Die Cuno-Regierung hat nicht nur im Verschleppen das Schlimmste geleistet, nicht nur am meisten auf diejenigen geblöht, die am liebsten aktiven Widerstand an Ruhr und Rhein gesehen und damit die Verbrechen am Volke noch vergrößert hätten, sondern sie besitzt auch die geringste Autorität unter allen Regierungen seit dem November 1918. Geradezu schmachvoll wird sie von ihrem eignen Anhang, den großkapitalistischen Kreisen, behandelt. Der „lange Müller“, preußischer Handelsminister in den Jahren 1901 bis 1905, der wie Dr. Beder von der Industrie kam, wurde zwar auch schwer mitgenommen von Feinseßleuten, aber er vermochte sich doch besser durchzusetzen. Als der Durchbruch gegen die Stützungsaktion der Mark erfolgte, welche übrigens den sozialdemokratischen Plan eines gleichzeitigen Vorgehens auf dem Gebiete der Finanz- und der Devisenpolitik sowie der Handels- und Zahlungsbilanz fehlerhafterweise unbeachtet ließ, gab es doch einmal ein großes Hallo. Mit erstaunlicher Deutlichkeit wurde Stinnes als der Führer des Durchbruchs genannt. Es wurde stürmisch Einspruch dagegen verlangt. Im Reichstage vollzog am 19. April der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Herx an dem Minister Beder eine veritable Stäupung:

In der Frage der Röhne und der Preise wie in Sachen der Ruhrbesetzung habe Beder gerade das Gegenteil von dem getan, was ein verantwortungsbewußter und auf das Allgemeinwohl bedachter Mann auf solchem Posten hätte tun müssen. 2000 und mehr Milliarden seien vom Reiche an die Wirtschaft gegeben worden (Ermäßigung der Kohlensteuer, der Ausfuhrabgabe, Nichterhöhung der Preisen, des Zinses usw.) zum Zwecke des Preisabbaues, aber man habe wenig von ihm gemerkt. Der Minister habe durch seine Verordnung vom 16. Dezember v. J. mit der Stabilisierung der Wiederbeschaffungskosten (das Reichsgericht verwarf jedoch am 19. Dezember den Wiederbeschaffungspreis) selbst die Preissteigerungen beschleunigt und eine Verlangsamung des Preisabbaues herbeigeführt.

Mit Schärfe betonte Herx mehrmals die „Staatsfeindschaft der Besizenden“: bei der Dollaranleihe sei sie eklatant zum Ausdruck gekommen und bei der jetzt niedergeschlagenen Stützungsaktion der Mark (eine Marneschlacht für die Reichsbank!) wiederum. Minister Beder machte in Erwiderung darauf zunächst einen Witz über sich selbst: Der Wirtschaftsminister dürfe niemals Wirtschaftspolitik für eine Gruppe treiben, sondern er ist Wirtschaftsminister für die ganze deutsche Wirtschaft. Wenn der Großkapitalist Beder als Minister so handeln würde, dann sähe gar vieles besser aus in Deutschland! Dann schob er das Reichsfinanzministerium verschiedentlich vor das Loch, dem der besannlich ebenso einseitig gerätselte Hermes vorsteht, dessen sich die Agrarier als eifrigen Bundesgenossen im Kampfe um die Aufhebung der Zwangswirtschaft rühmen können. Im Kernpunkte seiner Verteidigung sagte er etwa folgendes:

Kein Wort ist scharf genug gegen das Treiben derjenigen, die den neuen Einbruch in die Devisenpolitik der Reichsbank verschuldet haben. Das dagegen geschehen kann, muß geschehen. Das Reichskabinett hat beschlossen, daß die Stützungsaktion, wie sie selber unternommen war, durchgeführt werden muß. Wir werden nicht vor drakonischen Maßnahmen zurücktreten, die notwendig sind, um die Mark auf dem Niveau zu halten, das ein weiteres Anschwellen der Lebenshaltungskosten verhindert.

In seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ließ Stinnes darauf inoffiziell erklären, daß er (wie immer!) mit der ihm nachgesagten Angelegenheit nichts zu tun habe. Es war nur ein Wunder, daß der die amerikanischen Milliarden an Besitz und Initiative schon ausstehende deutsche internationalste Geschäftsmann Stinnes nicht auch noch seine frühere scharfe Vorlesung gegen die Marktstabilisierung bestritt. Was von den großen Worten Beders im Reichstage gehalten werden mußte, können wir ja jetzt mit Entsetzen sehen an dem noch hinter der österreichischen Krone und der polnischen Mark und allein noch vor dem russischen Rubel rangierenden Marklande und dem grauenhaften Anschwellen der Lebenshaltungskosten. Fürchterlich, wohin diese Regierung von Großkapital Gnaden das deutsche Volk gebracht hat! Das Nachspiel dieser Reichsdebatten am 29. Mai in dem parlamentarischen Ausschuss war köstlich. Der schon längst überfällige Reichsbankpräsident Havenstein hatte damals in erster Erregung auch einige Deutlichkeiten und Drohungen vernehmen lassen. Jetzt schwor er dem gewaltigen Stinnes auch das geringste Wortlein eines nur leisen Verdachtes ab:

Das geringe Ergebnis der Dollaranleihe habe sogleich den neuen Ansturm auf dem Devisenmarkt gebracht. Das Ausland beruhigte sich nach einigen Tagen, nachdem es mehrere Tage lösslose Mengen Mark auf den Markt geworfen hätte. Im Innlande aber sollte sich ununterbrochen der gewaltige Sturm auf dem Devisenmarkt fort. Welche Kreise des Publikums dachten nur wieder an sich. Es wäre unverschämlich, diesen Ansturm irgendeiner einzelnen Wirtschaftsgruppe oder einzelnen Kreisen zur Last zu legen. Die gewaltigen Summen beweisen vielmehr, daß von allen Seiten der deutsche Wirtschaft der Gedanke an das eigene Interesse in den Vordergrund gestellt wurde und jeder das Bestreben hat, weit über den eignen Bedarf hinaus sich einzubeden.

Man braucht Stinnes gewiß nicht allein ans Kreuz zu schlagen — aber wenn er zunächst gefaßt würde, wäre es wohl nicht falsch. Die „deutsche Wirtschaft“, von der jetzt oft in großen Tönen gesprochen wird, weil sie unter dem „Kabinett der Köpfe“ zur tatsächlichen Nebenregierung geworden ist, hat eben insgesamt auf der Unklugebank Platz zu nehmen. Die Privatwirtschaft führt einen vormananten Kampf gegen den Staat und gegen das Allgemeinwohl und blieb bis jetzt leider stets Sieger dabei. Daß ihre Opferwilligkeit nur auf dem Papiere steht, hat sie sich am 24. Januar d. J. durch den vor-ausgehend stürmischen Aufruf gegen die Preistreiberinnen aus Anlaß der

Ruhrbesetzung selbst bescheinigt, und am 29. Mai ist ihr von dem Reichsbankpräsidenten, der ja eigentlich Namen nennen wollte, attestiert worden, daß ihr sehr mangelnder Opferinn die Dollaranleihe vertrauen ließ, was darauf die totale Vernichtung der deutschen Währung im Gefolge hatte. Die „waterlandschen Gesellen“ wilschelmischer Wortprägung von einst sind ihrem Waterlande die idealsten Schieber und Verteidiger gewesen gegenüber den Sturmgefechten des Großkapitals von heute!

Der sechste Dolchstoß datiert vom 25. Mai. Sachschaden ist durch ihn noch nicht angerichtet worden, aber seine Wirkung ist doch wie die eines Funken in das Pulverfaß. Es handelt sich um das Garantieangebot der deutschen Industrie an die Reichsregierung zur Erfüllungspolitik bzw. zu den von Deutschland nun zu machenden konkreteren Vorschlägen an die Entente in einer neuen Note, nachdem die vom 2. Mai durch allerlei Einwirkungen wieder ein echt deutsches diplomatisches Pflüchtlingsstück war. Stresemann, der viel gewandtere Politiker und Führer der manchmal von andern Interessen als die Schwerindustrie ausgehenden Verfertigungsindustrie, hatte kurz zuvor einen geschickten, fulminanten Artikel in mehreren großen Blättern veröffentlicht, der über die Notwendigkeit der Erfassung der Sachwerte und die Notwendigkeit eines „sichtbaren Opfers des Besten“ handelte. Man könnte staunen, wenn man diesen politischen Laubfrosch, der wohl bald Cuno, das politische Kind, ausbooten wird, nicht kennen würde. Immerhin war zu sagen, daß die im Jahre 1921 von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erhobene, sofort aber von allen Seiten bekämpfte Forderung der Sachwertverfassung nun doch als ein Weg aus dem Holze der Reparationspolitik und der Ruhrbesetzung erkannt zu werden scheine. Stresemann war klug genug, die von ihm betonte Notwendigkeit nicht mit Voraussetzungen zu umpflastern. Ganz anders der Reichsverband der deutschen Industrie (der auch die Strafpredigt vom 24. Januar mit an sich selbst unterzeichnete), in dem die Schwerindustrie der Sache den richtigen Dreh gibt. Dessen Präsidium besteht aus den Industriekapitalen:

Sorge, Böhler, Ernst v. Borst, Karl Bosh, Duisberg, Frank, Jordan, Peter Klöpper, Hans Kraemer, Rammers, Platzeck, Reuß, Ripert, Silberberg, Fritz Thyssen, Karl Trebrich v. Siemens, Hugo Stinnes, Wöglar.

Es erklärte der Regierung, unter Anfnüpfung an die deutsche Reparationsnote vom 14. November 1922, jährlich 200 Millionen Goldmark aufbringen zu wollen, wenn folgende Kleinigkeiten als „unerlässliche Voraussetzungen“ erfüllt werden:

Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung, Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich des Abbaues der Kautschukindustrie, Aufhebung aller Demobilisationsvorschriften und Beschränkung der Staatsgewalt auf das Scharbestricheramt der Wirtschaftskriegszeiten von allgemeiner Bedeutung, Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Privatkapital zum Zwecke der Erhaltung und Entwidlung der Wirtschaftsbetriebe, entsprechende Umgestaltung der vielfach willkürlichen Steuererhebung (z. B. Gewerbesteuer), insbesondere Forderung der Steuermoral, Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung, grundsätzliche Aufrechterhaltung des Arbeitsniveaus, jedoch Regelung der Tariffreiheit im Sinne des Reichswirtschaftsrates, Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes, Entfaltung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen, Regenerierung der Reichs- und Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen und folgermaßen dauernde Betreibung derselben, Tragfähigkeit des höchsten Hausbesitzes innerhalb angemessener Frist durch Abbau der Zwangsmieten.

Der Reichsverband der deutschen Industrie zeigte sich in seinem großmütigen Opferinn gleich ernstlich darauf bedacht, daß auch der ländliche und städtische Grundbesitz, Handel und Bankgewerbe entsprechend herangezogen werden und kam demgemäß auf ein Gesamtangebot von 500 Millionen Goldmark jährlich auf die Dauer von 30 Jahren. Welche Voraussetzungen diese Gruppen der „deutschen Wirtschaft“ dafür stellen, ist noch nicht bekannt. Von der Landwirtschaft wurde zwar schon etwas gemunkelt, als aber, anerkennenswerterweise auch durch Mitwirkung eifriger bürgerlicher Blätter, dieser infame Dolchstoß machtwortessener Großverdiener sofort aufgefangen und Lärm geschlagen wurde, klang es gedämpfter; auch das wieder unheimlich tapfere Wolffsche Bureau verfiel gleich wieder in Schweigen.

Wenn die großkapitalistischen Sturmgefechten, die jetzt eine Mitwirkung an der Cuno-Beder-Rosenbergschen Mißgeburt vom 2. Mai bestreiten, also nicht teilhaben wollen an der Billkterung Englands dadurch, dem Grundsaß hulbigen: Wer die Macht hat, braucht kein Gentlemen zu sein, dann könnte ihr sogenanntes Garantieangebot folgerichtig genannt werden. Dann hätte aber auch die irrsinnige Advokatenpolitik von Poincaré und Genossen Anspruch auf Logik und Gerechtigkeit. In Wirklichkeit sind wir außenpolitisch durch solche Leistungen von Regierung und Nebenregierung dahin gekommen, daß Deutschland keinen Freund in der Welt hat — trotz der von allen Seiten innerlich verurteilten Taten des Poincarismus. Die deutsche Großindustrie hat mit ihren geheimen Machenschaften gegen die Wirtschaftliche Erfüllungspolitik fast noch einen größeren Anteil daran als die Unfähigkeit und Mißverständlichkeit der Cuno-Regierung, die damit weit über ihre bürgerliche Vorgängerin Fehrenbach-Simons hinausgeht, welche verflozene Regierung wenigstens keinen so gefährlichen Menschen wie Beder unter sich hatte. Die Vereinigten Staaten haben soeben Frankreich eine so freundschaftliche Verbindung gemacht, daß der bei seinem Antritt wegen seiner guten Verbindungen zu Amerika so warm begrüßte Dr. Cuno darüber wohl rüchlings zu liegen gekommen sein wird. Daß Stinnes jetzt in Italien, Schweiz usw. herumreist und einem endlichen Näherkommen zwischen Deutschland und Frankreich Wegbereiter sein soll, muß uns nach seinen bisherigen Auslandsmissionen mit wahrer Angst erfüllen. Wie mit der auf Stinnes Diktatorgeißt zurückgeführten Strizung und Formulierung des „Garantieangebotes“ der deutschen Wirtschaft innerpolitisch, so müßte Cuno jetzt

hilflos an Müller-Franken und dessen Riesenpartei heranzutreten und mit König Philipp zum Herzog von Alba über den falschen Rat austretenden König Domingo sprechen: „Toledo, Ihr seid ein Mann. Schützt mich vor diesem Priester!“ Sinnes, der in der Zeit der riesenhaften Verarmung Deutschlands die halbe Welt aufkaufen kann, ist der denkbar schlimmste Ratgeber für Deutschland; Deutschland ist vielmehr für ihn nur ein großes Geschäft. Sinnes als ein Universalgeschäftsmacher ist aber nur das geistige Oberhaupt von gar nicht wenigen Industrie- und Finanzstrategen, die aus der einen Dolchstoß-Legende von 1918 ihrer sechs seit 1918 gemacht haben. Die Staats- und Volkseigenschaft der Besitzenden ist an ihnen unabweisbar zu erkennen und ihr Eigennutz wird schlimmer mit jedem Tag.

Wir sagen nicht, daß der Salutamorast allein durch die großen und kleinen deutschen Mammonspreister herbeigeführt worden ist. Helfferisch mit seiner straffälligen Steuerpolitik während der Kriegszeit, die unsinnige Reparationspolitik in ihren Wirkungen auf das internationale Spekulantentum und die deutsche Junft der Volksbetrüger im Verein mit der unheimlichen Produktionssteigerung der Rotenpresse haben auch viel verschuldet. Ursachen und Ausmaß und die Auffassungen von der Geldentwertung sind aber dreierlei Dinge!

Wir wollten die Schuldfrage an Deutschlands Untergang hier breit aufrollen, weil mit dem Zutreiben des Dollars auf 100 000 die Katastrophe eintreten muß. Die lobenden Flammen in Gelsenkirchen, Dortmund und vielen andern rheinisch-westfälischen Industriestädten, die Erwerbslosenattden in Dresden und Bauen, die Teuerungsdemonstrationen in dem friedfertigen Dessau und was die nächsten Tage noch zeitigen werden, sind klar anzeigende Wegweiser, daß Staat und Volk in schwere Gefahr gebracht sind. Es sollen deutsche Kommunisten, Sozialisten, Unionisten, Anarchisten und Faschisten, russische Bolschewisten und französische Militaristen als Ankläger dieser Feuersbrünste ihren Schuldanteil nicht geschmälet bekommen und die Verteilung der Arbeiterschaft sehr bekaat werden, nach allen hier geschehenen Nachweisungen ist in weitester Erfassung die deutsche Wirtschaft aber die Hauptangeklagte. Die Geldentwertung ist in erster Linie ihr Werk! Schandmählig hat man gerade an dem Hochspringen des Dollars verdient, wohl wissend, daß Löhne und Gehälter nicht annähernd einem solchen Tempo zu folgen vermögen und überhaupt immer zurückbleiben werden. Diese Spannungen bringen schiefweise Geld ein, aber sie nicht allein, denn fast jede Branche geht in ihren Preisen noch über den Grad der tatsächlichen Geldentwertung hinaus. Dazu kommt die Steuerpolitik in der von der bürgerlichen Arbeiterschaft des Reichstages dem Volk so mündgerecht in Form, die ebenfalls außerordentliche Schädigung der Lohn- und Gehaltsempfänger bedeutet. Je größer eben das Elend des Volkes, um so einträglicher ist das Geschäft für die Kreise, die Graf Mirbach im Mai 1906 im preussischen Herrenhause als den notleidenden Teil, als die Bettler der Bevölkerung glaubte erscheinen lassen zu können. Heute haben diese Notleidenden Wucher, Teuerung, Not und Elend unsrer Tage so mitgeschaffen, daß behördlich angeordnet werden mühte, Hunde an der Leine zu führen, da unter den Menschen die Tollwut ausgebrochen ist. Die eigentlichen Schuldigen an den schweren Krankheiten der letzten Wochen sind die Markstürzer und die Preistreiber schon an den Quellen der Produktion. Wenn durch Marktstandgerichte die Kleinen gefaßt werden sollen, warum geht man nicht an die großen Sünder heran? Wenn es doch zu einem wirtschaftlichen 8. November kommen sollte, dann lasse man sie wenigstens nicht ausreichen, denn sie sind schlimmere Volksverderber als ihre Vettern, die gewissen Potentaten von Gottes Gnaden.

Jetzt fordern sie durch ihr plumpe auftrumpfendes Garantieangebot gar reflexlos Wucher über das Volk, vollste Ausbeutung der Arbeiterschaft, Heiligsprechung der Privatwirtschaft, Annexion der Reichsbahn durch das Großkapital, Abhebung der Staatsmacht und stellen dafür dem Reiche ihre finanzielle Hilfe in einem Maße zur Verfügung, daß man von einem Eintausende dieser durch Krieg, Währungssturz und Reparationspolitik unermesslich reich gewordenen Reichen sprechen kann. Die bürgerliche Presse hat viel gesündigt, die sinnesfreien Blätter haben zum größeren Teil aber doch diesen unglaublichen Hochmutsausbruch gegenüber Staat und Volk gesehelt. Mit durchschlagenden Rechenexemplen geschah das im „Berliner Tageblatt“. Etwas kleinlauter ist das großindustrielle Hauptquartier nun schon geworden; wie man gar der Regierung mit dem Garantieangebot ein Entweder — Oder stellte, das hat man bereits als großen Fehler der Sinnes'schen Regie erkannt.

Am 5. Juni ist der Reichstag wieder zusammengetreten. Hier muß der Kampf gegen die deutschen Wirtschaftsdiktatoren mit aller Kraft aufgenommen werden. Der Reichstag vom 6. Juni 1920 ist zwar nicht mehr wert als die bürgerliche Regierung vom 1. August 1922, in der der demokratische Innenminister Osler und der Arbeitsminister Dr. Brauns als Zentrumsmann jedoch Volksinteressen zugänglich sind, bei einem Dollarstande von 78 000 M. ist aber auch mancher noch bürgerlich verteilte Kopf in Wallung zu kriegen. Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Zurückweisung des Garantieangebotes schon bekanntgegeben. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände einschließlich der Hirsch-Dunderschen Richtung haben das sofort noch deutlicher getan, obwohl der Reichskanzler sie über das Angebot gar nicht befragt hat, womit er nicht zum ersten Male die Gewerkschaften alaüt übergeben zu können. Die Eisenbahnervertretung hat auch schon laut protestiert gegen die Auslieferung der Reichseisenbahn an das deutsche Großkapital. Der von den Gewerkschaften ausgehende kalte Strahl hat das Sinnes'sche Sprachrohr schnell auf die Beine gebracht. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ent-

geanete, die Industrie habe ein Produktivitätsprogramm aufgestellt, die Gewerkschaften hätten aber mit einem Fanfarenstoß gegen die Industrie geantwortet. Wir kommen auf diese wichtigen Vorgänge noch besonders zu sprechen, drücken aber für heute die Erwartung aus, daß eine ganz aktive Widerstands politik getrieben wird gegen die Diktatur der deutschen Wirtschaft; mit Diplomatisieren ist es da nicht allein getan. Eine Erfassung der Sachwerte, wie sie den Industrieherzogen und den Finanzfürsten Deutschlands ja nun auch dümmert als Notwendigkeit zur Rettung Deutschlands, darf nicht einem Dolchstoß gegen Staat und Volk gleichen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist im September 1921 auf einer Münchener Tagung dem sozialdemokratischen Gedanken der Sachwertverfassung schon mit der sogenannten Kreditbörse von Industrie und Landwirtschaft entgegengetreten. Das war so genial arbeitereindlich einerseits und profitbedacht andererseits ausgenobelt, daß dieser wundervolle Plan prozentpatriotischen Opferfinns schleunigst in der Versenkung verschwand. Nun ist er zum zweiten Male da. Nicht besser, aber umfassender noch. Also auf die Schanzen!

Zeitschwären

Geschwüre und Abheulen, das sind die Geßeln unsrer bald ein Jahrzehnt währenden „Neuzelt“, deren Heilung wir fast vergeblich ersehnen. Die letzte Tagung der Naturforscher und Ärzte stellte einstimmig fest: Das deutsche Volk sieht dahin, die Kinder meist an Rachitis und Strofulose, die älteren Leute müssen zahlreich Hungers sterben, weil ihnen nicht die Mittel reichen. Die Berliner Gaumiteilungen berichteten unlängst aus der Buchdrucker-Frauensterbekasse neun Sterbefälle, davon sechs Frauen an Herzschwäche, Schlaganfall, Tuberkulose, innerhalb sechs Wochen. Das dieser tragische Zustand unsre Kollegen ebenso unheimlich unter den Rajen treibt, verzeichnet in Nr. 42 der „Korr.“ in 17 Fällen, worunter 12 durch Gehirnschlag, Herzleiden, Lungenentzündung und Schwindel; Hauptursache: unzureichende Blutzufuhr als Folge mangelnder Ernährung. Dabei rückt der Brotkorb immer höher. Ein pfundweiser Einkauf ist den Frauen unsrer Erwerbskreise schon lange nicht mehr möglich. Wenn man jetzt an Einzelpreisen demonstrieren wollte, wie rasend sich die Teuerung weiter entwickelt, es würde das bei Erscheinen des Artikels wirken wie Preise, die schon vor Jahren üblich gewesen sind. Verteuerungen bei Lebensmitteln um das 12 000fache sind ja nichts Neues mehr. Und dazu noch die immer schlimmer werdende Warenerfälschung! Makereien und Händler sind hier verschiedentlich als Verfälscher überführt und bestraft worden. Ein Geflügelhändler hat Gänse mit zwei Köpfen lange Zeit umgesetzt (ein Gansschädel hing unter der Wagle!), bis der Betrug aufgedeckt und abgestellt wurde. Einer eigenartigen „Stredung“ von Mehl und Schrot wurde eine Mühle in Elbey behördlich überführt, wo noch ein „Reisden“ von 40 Zentner Kreide zu Lebensmittelverfälschungen festgesetzt worden. Eine nette Mammonsühne: sie verfiel der Beschlagnahme.

Ein sonderlicher Gemüsmensch ist häufig der Bauer, der feittänzend und didanständig ein Mastleben führt; weit muß eine Berliner Frau nach außerhalb laufen, von Hof zu Hof, um endlich ein kleines Quantum Eier und Kartoffeln zu erleben, um die furchtbaren Preise der Stadthändler zu meiden. Frage da ein Kollege, wieso man ja wenig Landfuhrwerk sieht mit Zufuhr von Bodenfrüchten zu den Märkten der Stadt wie vor dem Kriege? „Ja“, meinte der Biedere, „das war einmal; aber das werden weder Sie noch ich mehr erleben, daß wir unsre Ernte in die Stadt fahren; zu uns kommt der ‚Handels herr‘ und die ‚Handelsfrau‘, die fahren unsre Sachen hinein.“ Diese Zwischenhändler überzahlen eben den Bauer, um Waren zu erhalten, und sie helfen mit zur Überverteuerung in der Stadt.

Bauern und Händler, die in früheren Zeiten die Ausgewüanderten durch die Raubritter waren, sie sind jetzt selbst die Räuber gegenüber der wertschaffenden, dabei notleidenden Bevölkerung der Stadt. Die wenigen ehrenvollen Ausnahmen sind natürlich abzurechnen.

Bäcker und Schlächtermeister scheffeln nicht minder in ihre Kassen und Kassen, daß sie bald plagen. Für verhungerte Unbemittelte oder verstorbenen Angehörige unserer Seite ist man kaum mehr imstande, einer Sara zu erleben; der kostet die Hunderttausend. Und die — woher nehmen?

Unsre Existenz ist empfindlich ins Hintertreffen gedrängt, trotz angestrengtester Mühen unsrer Vertreter und des Verbandes. Dabei erstreckt man auf Unternehmenseite alles Glück in Lohnabbau und Verjüngung des Achtstundentages; und das bei der unzulänglichen Lebenslage durch Mangel leiden der Gefühlskraft. Gut, daß der Tarif nur bis Ende dieses Jahres gilt. Angesichts der Nichtbeschäftigung so massenhafter Berufskräfte mühte zunächst die Bezahlungsstellung auf ein Jahr unterbleiben, in den Achtstundentag mühten mindestens dreiviertel Stunden Pausen mit eingerechnet, der Sonnabend um zwei Stunden gekürzt werden. Selbstverständliche Forderungen, die mit aller Anstrengung erst errungen werden müssen, worüber die Kollegenschaft im Jahre 2000 staunend die Köpfe schütteln wird angesichts der Tatsache, daß unzählbare Nachtsteuer, Spekulanten, Wucherer durch 365 Feiertage im Jahre einem solennen Fett- und Seckleben frönen!

Wüste Verwirtschaffung und frivole Verteuerung, die leicht vermeidbar wäre, bewirkt bei Halbpfund- und Pfundpaketen vieler Lebensmittel die prunkhafte Aufmachung. Die Packung, an sich ungenießbar,

wird als Ware mitgewogen, wodurch oft bis 100 Gramm, d. h. um ein Fünftel der gesamten Gewichtsmenge, der Käufer verläßt ist.

Eine falsche Wirtschaft auf Publikums Unkosten herrscht auch bei der Elektrischen; sie fordert hier für eine Fahrt 400 M. (In Leipzig 500 M., ab 12 Uhr nachts 1000 M. Red.) und läßt ausposaunen, sie kommt nicht aus. Freilich ist das glaubhaft, viele Wagen fahren fast leer. Würde die Straßenbahn die Hälfte der enormen Fahrpreise verlangen, so wären alle Wagen voll besetzt und kein Manko vorhanden. Die Menschen könnten zu und von den Arbeitsstätten fahren, jetzt müssen sie laufen, da sie bei den wahnwitzigen Lebensmittelpreisen 400 M. für eine Fahrt nicht ausgeben können. Die Mikrowirtschaft wirkt sich noch ebenso arg aus in fortwährenden Entlassungen des Fabrik-, Handwerker- und Schaffnerpersonals. Bei rationeller Betriebsweise würden alle zusammen gut bestehen: die Fabrikäste, Dienstpersonen sowie die Elektrische und deren Verwaltung selbst.

Das Brot wird unablässig teurer und ungenießbarer, weil schlecht vermischt und unausgebaden, wie Kleister, damit es schwer wiegt. In Privatgeschäften wie im Konsum ist das Brot ungesund. Die Bäckermeister werden fett am Platan, die Kunden vertrocknen, werden immer dünner.

Gräßlich wuchert der Kohlenwucher: im März v. J. kostete der Zentner Preßkohle ab Lager 40 M., frei Keller 41 M.; heute, also ein Jahr später: 7560 M. frei Keller. (Vom 1. Juni ab kostet in Berlin ein Zentner Briketts frei Keller sogar schon 11 480 M.! Red.)

Das Reichsmietengesetz sollte eine soziale Tat sein, ist aber zum Nachteil geworden in seiner Auswirkung auf die breiten Volksschichten. Die wirtschaftlich schwache Mieterchaft kann ihren Mieterat wählen — braucht dies aber nicht —, und muß die Reparaturkosten der ein Jahrzehnt hindurch vernachlässigten Häuserruinen tragen zugunsten der Hauswirte und diesen außerdem hohe Verwaltungskosten zahlen. Es ist zuzugeben, daß Hausbesitzer verarmt sind; allein in den letzten vier Jahren haben zahlreiche neue Leute die Häuser für ein Butterbrot gekauft und sich durch den Immobilienwert, wie er bis jetzt gewachsen ist, unerhört bereichert; zum Schaden der früheren Hauswirte und der Wohnungsmieter. Dafür bezeigen viele Grund- und Hausbesitzer einen abscheulichen Groll gegen ihre Mieter, so daß es in derlei Häusern heftige Aufritte gibt. So manche Vermieter äußerten ganz offen: „Das Reichsmietengesetz läuft im Jahre 1926 ab, dann sind wir wieder ‚Herr im Hause‘, und unliebsame Mieter fliegen hinaus.“ Nun, inzwischen sind ja große Wahlen, und wenn die Arbeiter- und Mieterchaft fest bleibt und unbestechlich, werden solche Vertreter aus der Wahl hervorgehen, die dem Reichsmietengesetz jene Form und Kraft verleihen, daß es ein Schutz und Hort wird für die wirtschaftlich Schwachen, das sind die kleinen Wohnungsmieter vor allen andern.

Wenn Reichtum Diebstahl ist, so gilt dies unbestreitbar von den Neureichen der jüngsten Jahre. Es wird eine ungeheure Arbeit geben (wenn die nächsten Wahlen zugunsten der Arbeiter ausfallen), festzustellen, was für Güter in der Not des Volkes diesem entzogen und von den raffgierigen Neureichen aufgesaugt wurden. Die Untersuchungen müßten dann Besitz für Besitz vorgenommen und unrecht Gut zugunsten des Staates beschlagnahmt werden. Dann wird der verhaßte Bechert von unserm großen Lidlohn beträchtlich ermäßigt werden können; und es wäre die erste Etappe, um zu einiger Erleichterung in diesem freud- und friedlosen Hundeleben zu gelangen.

Einem freßenden Zeitschwärze gleich quälen recht- und weisfremde Machthaber nun schon geraume Zeit unser arbeitsames Volk und Land. Es ist ein ruchloses Schauspiel, das eine „Republik“ den nachbarlichen Volksstaat selbst mit den brutalsten Machtmitteln drangsalieren kann. Aber Poinecaré und Consorten können sich in ihr Stammbuch eintragen oder auch hinter die Ohren schreiben einen Ausspruch Bebel's, der da lautet:

Die Menschen müssen als denkende und erkennende Wesen ihre Lebensbedingungen, d. h. ihre sozialen Zustände und alles, was damit zusammenhängt, zielbewußt beständig ändern, verbessern und vervollkommen, und zwar dergeßtalt, daß für alle Menschenwesen gleich günstige Daseinsbedingungen vorhanden sind. Jeder einzelne soll seine Anlagen und Fähigkeiten zu seinem eignen Nutzen zum Wohle der Gesamtheit entwickeln können; er darf aber nicht die Macht haben, andern oder der Gesamtheit zu schaden.

Der Sak sagt klar und deutlich, wie Zeitgebreden zu heilen sind. Berlin. H. Krebs.

Dollarwahninn und 27 Proz. Lohnerhöhung

Am 31. Mai stand des deutschen Volkes Anglücksbarometer schon auf 70 000 — das Spekulantentum nationaler und internationaler Profitpatrioten tanzt Kanakn! Wir aber sind in Gefahr, wieder unter den Schlitten zu kommen. Die Schraube der Preiserhöhungen will sich wieder — getrieben auch durch goldwertillsternre Agrarier — schneller und in größeren Ausmaßen drehen, als die der Lohnerhöhungen folgen kann.

Das neue Lohnabkommen mit seinen 27 Proz. Erhöhung war sogar nach zwei Tagen schon wieder überholt. Ein Fehler aber wäre es, nun in nutzlosen Debatten oder hysterischem Wehgeschrei seine Kraft zu vergeuden, sondern wir müssen uns mit den Tatsachen abfinden und handeln. Sofort müssen neue Lohnverhandlungen angezettelt werden und eine Erhöhung von 100 Proz. gefordert werden.

Bedrängung! Wem sie noch notwendig erscheint: Die nach den letzten Verhandlungen angekündigte Verzweicinhalf- oder Verdreifachung des Brotpreises, so einschneidend sie an und für sich ist, wirkt

doch erst dadurch katastrophal, daß sie mit Notwendigkeit alles, was Lebensmittel heißt, mit in den Teuerungsbereinstell selbst. Erst folgen die direkt abhängigen: Lebensmittel usw. Dann kommen die indirekt die Erhöhung benutzenden: Kartoffeln, Trockengemüse aller Art. Die Margarine verdoppelte ihren Preis schon mit dem Dollar; auch ein Arbeiter denkt einmal an eine Großstadtfucht: die Eisenbahn aber verdoppelt ihren Personentarif; Fleisch wird seinen seit drei Wochen um 75 Proz. gestiegenen Preisen schon die fehlenden Prozente zur Verdoppelung bis zum Juni noch beibringen; für ein Ei bezahlt man jetzt denselben Preis wie vor drei Wochen für zwei; Miete, Schuhe, Kleider sind teils bedeutend erhöht, teils haben sie Erhöhung freundschaftlichst angekündigt. Jeder in diesem Sinne genannter Artikel muß dem durch seine Hände sich Ernährenden in maßlose Empörung bringen; erblickt man doch daraus den schamlosen Profitgänger aller Nichtarbeitenden, die die „Einheitsfront“ wünschen, um — der Arbeiterchaft und dem noch nicht vertrauten Auslandskapital einzuszuwischen.

Aber wir wollen nicht abschweifen: Aus all dem geht hervor, daß eine 100prozentige Erhöhung des Lohnes mit den Warenpreisen noch nicht im Einklang steht. Brauchen die Prinzipalvertreter ein Verhandlungsobjekt und für den Schlichtungsausschuß eine Abflugsmöglichkeit der Forderung, so müssen die Gehilfenvertreter eben 200 Proz. fordern.

Es wird wohl diesmal keine Paragraphenreiter geben, die auf den dreiwöchigen Abschluß pochen. Die „höhere Gewalt“ stößt eben alles um. Sollten Prinzipale aber diese Forderung als ungerechtfertig ablehnen, dann mag der Schiedsrichter entscheiden. „Sie sind angewiesen, den Arbeitern entgegenzukommen,“ da anscheinend auch ein bürgerlicher Arbeitsminister einzieht, daß mit einer physisch — wir fügen noch hinzu psychisch-desimierten — Arbeiterchaft kein Wiederaufbau möglich ist.

C h e m n i t z.

F. B.

Volkswirtschaft

Notwendigkeit und Möglichkeit eines festen Wertmaßes

I.

Die Zeiten der Geldentwertung haben bei uns Zustände heranzreifen, besser gesagt herankommen lassen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Wer Gelegenheit hat, sie eingehend zu studieren, den überkommt ein Grausen ob der Verhältnisse, die durch die Geldentwertung eingetreten sind.

Der Gesetzgeber sucht durch Gesetze und Verordnungen in großer und immer größer werdender Zahl Anpassungen zu vollziehen. Meist mit negativem Erfolg, da der Verfall der deutschen Währung im Blick auf das Tempo fortschreitet und alle gesetzgeberischen Maßnahmen über den Haufen warf. In dieser Atmosphäre sind unsre Staatsmänner machtlos, selbst wenn sie statt einer schwerfälligen Bürokratie eine rasch arbeitende Staatsmaschine hätten; sie sind machtlos, solange an dem System unsrer Zahlungsweise nichts geändert wird. Der Mäßigkeit einer Änderung seien die nachfolgenden Ausführungen gewidmet, wobei sogleich bemerkt sein soll, daß eine ausführliche Erörterung der Raum des „Korr.“ verbietet. Es soll sich vielmehr um eine gekürzte Wiedergabe einer größeren Abhandlung handeln, die Schreiber dieses in den Nr. 10, 11 und 12 des „Mittelungsblattes der Düsseldorfer freien Gewerkschaften“ veröffentlichte.

Zunächst einige grundsätzliche Erwägungen. Unser ganzer Zahlungsverkehr mit den fortwährenden Erweigerungen der Ziffern ist bekanntlich nichts andres als der Versuch, die durch Gelddahlung zu entrichtende Leistung dem ständigen Fallen des Marktwertes anzupassen. Bei dieser Anpassung an die veränderten Wertverhältnisse der Papiermark gelingt es dem einen, über das Maß des Notwendigen hinaus die Gelddifferenz zu steigern, während die breite Masse der Festbeldeten meist weit hinter der durch die Entwertung der Papiermark notwendigen Erhöhung ihrer Papiergeldbezüge bleibt. Noch mehr trifft dies bekanntlich bei denjenigen zu, die auf Renten usw. angewiesen sind. Sie sind durch dieses System dem Hungertode direkt ausgeliefert, da ja der Staat, der in der Hauptsache ihr Geldgeber ist, ebenso zu kurz kommt durch die Entwertung der Papiermark, denn es ist den Schuldner des Staates bzw. Reiches (den Steuerablen) noch nicht eingefallen, der Geldentwertung Rechnung zu tragen, wenigstens soweit es keine Lohn- und Gehaltsempfänger sind, die ja ihre Steuern an der Quelle erfaßt bekommen. Die Bestehenden vermögen für sich die Geldentwertung sehr gut in Rechnung zu stellen, insbesondere die Produzenten, dagegen bezahlen sie bekanntlich ihre Steuern so spät, daß sie meist nur einen kleinen Bruchteil des bei Festsetzung der Steuern kalkulierten Nominalwertes besitzen. Die Steuerfrage ist ja in den letzten Jahren nicht mehr eine Frage der Höhe der Steuern, sondern in der Hauptsache eine Frage des Zeitpunktes der Zahlung. Als Kenner der Verhältnisse weiß man, daß fällige Steuern ein oder zwei Jahre gestundet sind, daß die Schuld sich schließlich für den Steuerzahler auf ein so lächerlich geringes Wertmaß vermindert, daß die Betroffenen gar kein andres Interesse haben können, als durch langwierige Einspruchs- und schließlich Beschwerdebefahren die Zahlung in die Länge zu ziehen, da sie selbst dann, wenn das Einspruchsbefahren nicht von Erfolg ist, nominell keine Ermäßigung dabei heraus-

gekommen ist, tatsächlich eine ganz gewaltige Steuerhinterziehung getrieben haben, für die es keine Strafparagrafen gibt. Auch die hohen Verzugszinsen, die durch das Gesetz über die Geldentwertung in der Steuerabgabegattung endlich eingeführt werden, ändert daran nicht viel. Eine wahrhafte Gesundung unseres Steuerwesens kann nur eintreten, wenn sich die Steuerzahlung automatisch dem Geldwert anpaßt. Die Möglichkeit dazu bietet das System, wie es heute bereits der Buchhandel und die Goldwarenindustrie hat: die Grundpreise und die Schlüsselzahl. Dies Verfahren mißt überall da zur Anwendung kommen, wo überhaupt mit Geld gerechnet wird. Die allgemeine Einführung eines solchen Zahlungssystems würde zwar nicht geringe Schwierigkeiten bieten, doch durchführbar ist es. Es müßte nach diesem Verfahren die Zahlung des Lohnes, der Steuern, Produkte, Waren, Renten, überhaupt alles, wasiffermäßig geldlichen Ausdruck findet, erfolgen.

Wie ist nun ein solches Verfahren möglich? Auszugehen wäre zunächst von der ungefähren Geldäiffer der Vorkriegszeit. Es müßte nicht unbedingt starr an derselben festgehalten werden, sondern sie soll nur als Richtschnur dienen. Hierfür wäre eine einheitliche Schlüsselzahl zu legen, die einheitlich für das ganze Reich festzusetzen ist, und so oft es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern, eine Veränderung erfahren muß. Es können allerdings nicht verschiedene Schlüsselzahlen für die verschiedensten Geldzahlungen in Frage kommen, z. B. für Waren ein solcher Schlüssel, für die Löhne ein anderer, für Steuern schließlich wieder ein anderer, sondern es muß eine einheitliche Berechnungsziffer für alle Zahlungen, die in Zahlen ausgedrückt sind, welcher Art sie auch sein mögen, Platz greifen. Nur so kann eine Stabilität gewährleistet und unliebsamen Konsequenzen, die sich bei verschiedenen Berechnungsziffern ergeben würden, von vornherein vorgebeugt werden.

Die Festsetzung der Teuerungszahl würde am besten in die Hände eines volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates gesetzt werden, der in ständiger Fühlung mit den maßgebenden Faktoren des Wirtschaftslebens steht. Seine Aufgabe wäre es, in Berücksichtigung aller preisbildenden Faktoren (Walu, Goldzollaufschlag, Großhandelspreise usw.) eine feste Teuerungszahl festzusetzen, wie dies ja schon jetzt in der amtlichen Indexzahl geschieht. Diese müßte eine Abänderung erfahren, so oft es die Lage erforderte. Es genügte, die Zahl durch die gesetzgebenden Körperschaften sanktionieren zu lassen oder einem Ausschuss selbst die Legislative zu übertragen, wie dies ja schon andern Ausschüssen übertragen wurde, die sich mit Gesetzesänderungen befassen, die durch die Geldentwertung bedingt sind.

Wie würde sich nun ein solches System auf unser Staats- und Wirtschaftsleben und die finanziellen Beziehungen aller mit allen auswirken? Zunächst würde es dem Reich, dem Staat, den Provinzen und Kommunen ermöglichen, wieder einmal einen Haushalt aufzustellen, von dem sich mit Sicherheit sagen ließe, daß er nicht wie bisher schon über den Haufen geworfen ist durch die sich überstürzende Geldentwertung, ehe die Druckfarbe trocken ist. Die Veranlagung der Steuern hätte nicht mehr wie bisher in Papiermark zu erfolgen, deren Wert wie Schnee in der Frühlingssonne zusammenschmilzt, sondern sie muß basieren auf der neuen Werteinheit, nennen wir es Grundmark. Wie sich auch unsere Papiermark entwerten möge, der Steuerzahler ist gebunden, in Grundmark zu zahlen und in Papiermark zu zahlen. Dem Steuergläubiger ist seine Einnahme sicher, und er ist vor dem Steuerbetrug als Folge der Geldentwertung geschützt. Zahlen beispielsweise die Festbetrodeten bei ihrem Steuerabzug mit der Schlüsselzahl von z. B. 1000, also den tausendfachen Betrag der Grundzahl, so wird derjenige, der veranlagt wird und seine Steuern erst in einem halben Jahre zahlt, und wenn dann durch die veränderten Verhältnisse die Schlüsselzahl 3000 ist, den 3000fachen Grundmarkbetrag in Papiermark zu zahlen haben, er kann also an der Geldentwertung nichts gewinnen, ebensowenig, wie z. B. der Buchkonsument heute, der vor einigen Wochen bei dem Stand der Schlüsselzahl im Buchhandel von 700 etwas gewinnen kann, wenn er mit dem Kauf zögerte, da er zur Zeit mit der Schlüsselzahl 4200 eben den 4200fachen Grundpreis zahlen muß. Angewendet auf die Zahlung der Steuern, setzt dies natürlich voraus, daß auch der Steuerzahler in Grundmark und in Papiermark zahlt, wo er der einnehmende Teil ist.

Eine besonders wohltuende Wirkung müßte dies auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses aller Lohn- und Gehaltsempfänger ausüben. Die ständigen Tarifverhandlungen würden ihr Ende nehmen, die aus denselben resultierenden Streiks seltener werden. Man würde den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen damit nicht überflüssig machen, es würde in Zukunft ebenfalls noch Arbeitskämpfe geben, wie es die vor dem Kriege bei stabiler Währung gegeben hat, daß jedoch dieselben nicht wie bisher in der Anpassung an die Geldentwertung sich erschöpfen, sondern es würden mehr ideale Objekte zur Verhandlung und zum Austrage stehen.

Dem Unternehmer wäre es zudem möglich, wieder feste Kalkulationen zu machen, ohne als Wertmesser dazu ausländische Währung zu kennen. Er hätte ein festes inländisches Wertmaß, das unbekümmert von der ausländischen Währung ihm eine vorherige Kalkulation ermöglichte, da die Veränderung der Waluta sich ja in der Schlüsselzahl auswirken würde.

Man sollte meinen, daß die hier zur Tagesordnung gestellten Notwendigkeiten gar keine Bedenken finden könnten. Aus den nachfolgenden Ausführungen wird sich das noch mehr ergeben.

Korrespondenzen

Hamburg-Mitona. Infolge eines örtlichen Beschlusses erfolgt die Berichterstattung über Lohnverhandlungen in der jeweilig einzuberufenden Versammlung der Vertrauensleute. Die Versammlung am 30. Mai wurde vom Kollegen Kunzler eröffnet, der über den Gang der letztmaligen Lohnverhandlungen berichtete. Die Ablehnung der Sonderzulage für Hamburg, das Verlangen der Unternehmenseite auf vierwöchigen Abschluß sowie der von derselben Seite ins Treffen geführte Hinweis auf den eintretenden Steuernachlaß ergaben grelle Streiflichter vor dem diesmaligen Kampfe um zeitgemäße Löhne. Kollege Thorban berichtete sodann über das Ergebnis der örtlichen Verhandlungsbestrebungen und der erfolgten, prinzipiell begründeten, ablehnenden Haltung der Prinzipalsorganisation. In der umfassenden Diskussion wurde in nüchternen, aber scharfer Weise das Abkommen selbst wie auch die Dauer desselben als ein vollkommen unzulängliches Ergebnis signiert. Der „Korr.“ wurde wegen eines Artikels vor den Verhandlungen kritisiert. Gefordert wurde umgehende Kländigung des Abkommens sowie erneute Aktion zwecks Erhöhung einer der bisherigen, außergewöhnlichen Teuerung entsprechenden Ausgleichszulage. Ferner wurde eine zentral geführte Ausgleichsaktion gegenüber der wucherischen Brotpreiserhöhung als sofort einzuleitend gefordert. Begründend dafür gilt der Erlaß des Reichsarbeitsministers, inhaltlich dessen die Lasten der neuen Teuerungswelle nicht auf die Arbeitnehmer abwälzt werden dürfen. Eine Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme, laut der die Vertrauensleute des Gaus Hamburg es entschieden ablehnen, die neue 27prozentige Lohnerhöhung als einen Ausgleich für die ungeheuerliche Verteuerung der notwendigsten Bedarfsartikel anzusehen. Beträgt doch die Durchschnittsteigerung der Indexziffer vom 9. und 23. Mai für Hamburg 39,6 Proz., wozu neben den noch immer kletternden Preisen die neue Brotverteuerung kommen wird. Dem Rechnung tragend, sind die jetzt bekanntwerdenden Lohnerhöhungen in anderen Berufen 35 bis 40 Proz. auf die ohnehin weit über uns stehenden Löhne. Diesen Verhältnissen gegenüber erheben die Hamburger Gehilfen erneut die Forderung, bei Abschluß eines neuen Tarifs zur bezirkswelken Regelung überzugehen. Sie weisen außerdem ganz entschieden die Unterstellung zurück, als hätten sie durch die Forderung auf eine Sonderzulage das Ergebnis der allgemeinen Lohnverhandlungen herabgedrückt und erklärt, so lange an dieser Forderung festzuhalten, wie die besonderen Teuerungsverhältnisse Hamburgs es verlangen oder eine andre Regelung getroffen ist, die diesen Rechnung trägt.

Riel. Ausnahmeweise sei von hier über eine Vorstandssitzung berichtet, weil sie zur Situation schnell Stellung nahm durch folgende Entschlußung: Die Vorstandssitzung der Mittalgesellschaft Riel erklärt ihr Einverständnis mit der Haltung und scharfen Schreibweise des „Korr.“. Dagegen verurteilt sie aufs schärfste das Vorgehen der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ bei der Regelung der Lohnfrage. Vom Verbandsvorstand wird erwartet, daß er ohne Rücksicht auf das Geschrei und die Drohungen in den Spalten des Prinzipalsorgans mülig die Interessen der Gehilfenschaft verteidigt und sobald wie möglich neue Lohnverhandlungen anstrebt, damit nicht durch die täglich höher kletternden Devisenkurse und die hierdurch bedingten Preissteigerungen die Gehilfenschaft in das Elend der letzten Jahre zurückgestoßen wird.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Faktor Friedrich Joseph Kau in Wesel, geb. in Düsseldorf, 4. Juni: 50jähriges Berufsjubiläum. jetzige Kondition: „Generalanzeiger“ in Wesel.

Geher Christian Hiller, geb. in Gruorn (Oberamt Uraach): 50jähriges Berufsjubiläum. jetzige Kondition: H. Laupp jr. in Tübingen.

Oberrektor Gustav Rose, geb. zu Strausberg, 15. Juni: 50jähriges Berufsjubiläum. jetzige Kondition: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin.

Korrektor Georg Stübinger, geb. zu Schwarzach in Bayern, 11. Juni: 50jähriges Berufsjubiläum. Zur Zeit bei der Ortsverwaltung des Berliner Gaus beschäftigt.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. Die Firma A. Seydel & Co., Aktiengesellschaft, Berlin stellte dem Betriebsrat 5 Millionen Mark zur Verfügung zum Zwecke der Verteilung an die im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die „Zeitschrift“ zu Bebelingsfragen. In einer ihrer letzten Nummern rief sich die Schriftleitung der „Zeitschrift“ bekanntlich am „Jungbuchdrucker“. Es bangt ihr um das Seelenheil der Leslinge, weil diesen gelegentlich des 1. Mai über die wirtschaftliche Seite des Sozialismus das Notwendigste gesagt worden war. Darin erblickte die „Zeitschrift“ natürlich ohne weiteres eine Erziehung zu „washedten Sozialdemokraten“. Die Schriftleitung des „Jungbuchdruckers“ blieb darauf die gebührende Antwort nicht schuldig, indem sie auf die harmlose Bildungsarbeit des „Jungbuchdruckers“ hinwies, die von Unterrichtsmaßnahmen im Sinne einer bestimmten Parteirichtung weit entfernt sei. Das soll indes, wie die „Zeitschrift“ in ihrer jüngsten

Nummer behauptet, sehr unvorsichtig gewesen sein, denn sie glaubt jetzt einen untrüglichen Beweis vom Gegenteil in Händen zu haben. Auf dem Jungbuchdruckeritag in Altenburg zu Pfingsten dieses Jahres soll nämlich der Schriftleiter des „Jungbuchdruckers“ nach einem Bericht der in Jena erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung „Das Volk“ die Lehrlinge ermahnt haben, „fleißig und regelmäßig die Bildungsabende der Lehrlingsabteilungen zu besuchen, um einst tüchtige Gewerkschaftler und Sozialisten zu werden. Die älteren Verbandskollegen und Eltern forderte der Redner auf, in diesem Sinne auf unsere Jugend einzuwirken, damit die jetzigen Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bald verschwinden und die sozialistische an ihre Stelle tritt, denn nur diese kann der ungleichen Verteilung der Güter ein Ende bereiten“. Wenn in einer Versammlung junger Arbeiter und zukünftiger Gewerkschaftler die Umgestaltung der heutigen korrupten Wirtschaftsordnung als zeitgemäße Notwendigkeit betont wird, so hat dies mit Parteipolitik an sich absolut nichts zu tun. Daß die heutige Wirtschaft ein andres Gesicht bekommen muß, wenn wir nicht rettungslos untergehen sollen, haben selbst bürgerliche Kreise längst begriffen. Nur die Schriftleitung der „Zeitschrift“ mißt der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Ewigkeitsdauer bei. Nach ihrer Auffassung handelt nur derjenige nicht parteipolitisch, der für die Erhaltung der bestehenden privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung eintritt. Deshalb kämpft sie unter totaler Verkennung des hohen sittlichen Zieles des Sozialismus mit plumphen Agitationsphrasen dagegen an, und beweist damit lediglih, daß sie nichts gelernt und auch nichts vergessen hat.

Erhöhung der Schlüsselzahl im Buchhandel. Mit Wirkung vom 4. Juni d. J. an wurde die Schlüsselzahl für den Buchhandel wiederum, und zwar auf das 4200fache des Grundpreises eines Buches erhöht.

Ein bekannter Buchdruckerlehrer verstorben. Im hohen Alter von 77 Jahren verstarb kürzlich der langjährige Inhaber des Buchdruckerlehrens in Freiburg i. B. Adolf Epple. Mancher Kollege, der in Friedenszeiten die deutschen Lande auf Schusters Rappen durchwanderte und dabei die Perle des Breisgauer berührte, wird sich gern des hiedrigen Mannes erinnern, der in wahrhaft väterlicher Weise um das leibliche Wohl der bei ihm einkehrenden reisenden Buchdrucker besorgt war und der mit nicht wenigen von ihnen Zeit seines Lebens in Freundschaft verbunden blieb. Er ruhe in Frieden.

Präsident Harding als Journalist. Unter dieser Stichmarke berichtete die „Frankfurter Zeitung“ über einen Vortrag, den der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten vor der Gesellschaft amerikanischer Zeitungsverleger in Washington hielt. Harding erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, daß er vor 40 Jahren in einer Zeitungsdruckerei als 11jähriger Druckerlehrling in die Lehre trat. Seine Freistunden verbrachte er auf der kleinen Farm seines Vaters damit, die Hühner und Enten zu versorgen. Harding erklärte sich einverstanden mit dem auf der Tagesordnung der Versammlung stehenden Vorschlag, die amerikanischen Journalisten mit einem Höflichkeitsegelbuch zu versehen, dessen die amerikanische Tagespresse gegenwärtig aufs dringendste bedürfe. Die Chefredakteure könnten ebenso verdienstvoll sein durch das, was sie nicht veröffentlichen, als durch das, was sie veröffentlichen. Harding ist gegen die Veröffentlichung der Berichte von Gerichtssitzungen. Er definierte den Journalismus als Beruf, der gleichzeitig mit der Veröffentlichung einer Nachricht die ehrliche und würdige Erklärung dieser Nachricht geben müsse. Die Behauptung, daß sein Vorschlag, dem internationalen Gerichtshof beizutreten, dem Drucke internationaler Bankiers auszuweichen sei, bezeichnete er als Verleumdung. Zum Schluß betonte Harding seine Liebe für den Journalistenberuf. Er erinnerte an seine lange Karriere am „Star“, der ihm heute noch gehört; er erfüllte an dieser Tageszeitung alle Funktionen, vom Bureaudienster bis zum Chefredakteur, bis er schließlich Eigentümer der Zeitung wurde. Noch immer wäre er lieber Journalist als irgend etwas anderes auf der Welt.

Falsche Reichsbanknoten zu 50 000 M. Bereits Ende März wurde amtlich bekanntgegeben, daß von den in Schwarzdruck ausgeführten Reichsbanknoten zu 50 000 M. Fälschungen aufgetaucht sind. In Berücksichtigung des verhältnismäßig hohen Wertes einer 50 000-Mark-Note wird jetzt Vorliegendes nochmals zur Kenntnis gebracht und entsprechende Vorsicht bei der Prüfung solcher Noten empfohlen. Es hat sich ferner herausgestellt, daß bei einer Anzahl echter 50 000-Mark-Noten die Kontrollnummern infolge Verwendung einer nicht beständigen wasserlöslichen, mehr rötlichen Farbe verwischt sind. Bei Noten mit verwischten Nummern ist daher stets auf die Kennzeichen echter Noten — Wasserzeichen und Faserstreifen — zu achten, auch empfiehlt es sich, diese Noten der nächsten Reichsbankanstalt baldigst zuführen.

Namenhaftigen gegen die deutsche Gewerkschaftspresse im besetzten Gebiet. Zu welschen Mitteln die Besatzungsbehörden greifen, um Verwirrung in die im passiven Widerstand verharrende Arbeiterschaft des besetzten Gebietes zu bringen, zeigt die Tatsache, daß in deutschen Gewerkschaftsblättern Flugblätter und andre Presseerzeugnisse gefunden wurden, die das Verhalten der Franzosen und Belgier rechtfertigen sollen. Sie gehen dabei nicht ohne Rücksicht auf Werke, indem sie das, was mehr oder weniger scheinbar zumunsten des deutschen Standpunktes spricht, in einseitiger Weise ausschalten, dagegen das „hochherzige“ Verhalten der Besatzungsbehörden über den grünen Meeres loben. Eine Widerlegung ist im besetzten Gebiet nicht immer möglich, zumal da die Besatzungsbehörden nicht davor zurückschrecken, die deutsche Arbeiterpresse im besetzten Gebiet mundtot zu machen. Wie wir

schon berichteten, ist der „Proletarier“, das Verbandsorgan der Fabrikarbeiter, im besetzten Gebiet auf die Dauer von drei Monaten verboten worden. Die „Metallarbeiter-Zeitung“, die wegen ihrer großen Auflage zum Teil in Duisburg gedruckt werden muß, steht dort unter belgischer Zensur und diese wird seit der Besetzung des Ruhrgebietes schärfer gehandhabt. Wiederholt sind Teile des Inhalts der „Metallarbeiter-Zeitung“ beanstandet worden. Man hat sogar schon einmal die ganze erste Seite gestrichen. Wer aber gegen Deutschland und besonders gegen die deutsche Regierung schreibt, genießt unbeschränkte Schimpffreiheit. Wir sind die letzten, die alle Maßnahmen oder Unterlassungen der deutschen Regierung und der deutschen Behörden aufheissen. Um aber deutsche Fehler zu erkennen, braucht die Arbeiterschaft im besetzten Gebiet keine französischen Brillen. Unsere Kollegen im besetzten Gebiet empfehlen wir Vorsicht gegenüber Nachrichten der geschätzten Art, die von Beauftragten der Besatzungsbehörden auf irgendeine Weise in deutsche Gewerkschaftsblätter hineingeschmuggelt werden.

Das Recht auf Wiedereinstellung. In seiner letzten Sitzung am 16. Mai hat der Reichstag beschlossen, die Regierung zu ersuchen, bis zum 5. Juni, dem Tage des Wiederzusammentritts des Reichstages, die Vorlage für ein Notagesetz zu unterbreiten, durch das den infolge der Ruhraktion arbeitslos gewordenen Angestellten und Arbeitern grundsätzlich das Recht auf Wiedereinstellung gesichert wird. Inzwischen ist dem Reichsarbeitsministerium vom AFA-Bund ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zur Berücksichtigung unterbreitet worden, der folgende Grundgedanken enthält: Die entlassenen Arbeiter und Angestellten sollen den Anspruch haben, in den Betrieb oder Bureau wieder eingestellt zu werden, bei dem sie vor dem 11. Januar 1923 beschäftigt waren. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit der einzelnen Betriebe soll insoweit Berücksichtigung finden, als es den Bestimmungen der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 (§ 110) entspricht mit der Maßgabe, daß Arbeitgeber, die eine Befreiung von der Wiedereinstellungspflicht beanspruchen, eine Entscheidung beim Schlichtungsausschuß beantragen müssen. Den Wiedereingestellten soll für drei Monate die Unkündbarkeit gewährleistet werden, und sie sollen auf ihre alten Rechte sowie auf die tarifvertraglich geregelte Entlohnung wieder Anspruch haben. Für weitere Kündigungen im besetzten Gebiet sieht der Entwurf des AFA-Bundes einen verstärkten Kündigungsschutz im Sinne der §§ 96 bis 98 des Betriebsrätegesetzes vor, d. h. sie sollen die Zustimmung der Betriebsvertretung zur Voraussetzung haben. Nach der einmütigen Willenskundgebung des Reichstages darf erwartet werden, daß die Vorarbeiten für das neue Gesetz mit aller Beschleunigung durchgeführt werden.

Fahrpreisermäßigung für Kurzarbeiter. Nach einer von der Tagespresse verbreiteten Meldung beabsichtigt die Reichseisenbahn die Einführung einer besonderen Fahrpreisermäßigung für Kurzarbeiter, die infolge Betriebseinschränkung nicht voll, sondern nur an einzelnen Tagen der Woche beschäftigt sind und daher eine Wochenkarte nicht voll ausnutzen können. Die Ermäßigung soll auf die vierte Wagenklasse beschränkt bleiben und nach Vornahme der Erhebungen über den voraussichtlichen Umfang der Inanspruchnahme in kürzester Frist in Kraft treten.

Briefkasten

H. in Straßburg und „Beritas“: Wie wir in Erfahrung brachten, sind die Leipzig-Verhandlungen über die Maßgeblichkeit der Faktoren gescheitert. Neue Verhandlungen sollen in Berlin stattfinden, über deren Ergebnis jedoch noch nichts bekannt ist. — G. S. in Köln: Wie vorstehend. Werden bei Bekanntwerden brieflich Nachricht geben. — W. H. in G.: Es besteht ein Anrecht auf Berücksichtigung für jede nach dem 31. Mai erfolgte Lohnzahlung. Im mitgeteilten Falle also auch für den am 1. Juni verdienten „Politiker“ von Konrad Haensch ist im Verlage von Franz Schneider, Berlin SW 11, Postauer Straße 10, erschienen. — R. W. in Weimar: Dank und Gruß. — H. G. in G.: Für diese schon überfüllte Nummer nicht mehr möglich gewesen, und für die nächste wird es hoffentlich nicht mehr notwendig sein. Wenn doch, dann kommt Ihr Artikel noch zu recht. — K. B. in G.: Wollten damit sagen, daß es mit Stirnweartikeln im „Korr.“ nicht allein getan ist. — R. W. in R.: Wellehelt durch Ihr Gaudium. — W. J. in Köln: Restanation weitergegeben. — R. G. in G.: 1400 M. — G. R. in W.: 700 M. — R. S. in W.: 6000 M. — R. B. in D.: Geben Ihnen noch Nachricht, daß Aufnahme Ihres Artikels unterbleiben ist, da er durch die nun schon wieder vorliegenden Wohnverhandlungen bereits überholt war. Die aufgeführten Zahlen wurden schnell überholt und konnten nicht mehr verwendet werden.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 23, Chamlisplatz 5 II. Fernruf: Amt durchführt Nr. 1191 Postfachkonto: Berlin Nr. 102367 (B. Schulnig)

1800 Mark beträgt der Verbandsbeitrag in der 23. Welttagewoche (3. 6. bis 6. 6. 1923). Dazu kommen noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Aber Verrechnung und Ausnahmen für Gewerkschafts- und Invalidenkassenmitglieder siehe die Bekanntmachung in Nummer 51 des „Korrespondent“.

Graue Statistikkarten einsenden!

Epitafier-Einsendungen für Mai: 7. Juni, Freitag für die Führung der Arbeitslosen: 23. Mai. Auf richtige Frankierung der Statistikarten ist zu achten! Die Hauptverwaltung.

Hauptverwaltung. Die Notiz in Nr. 49 des „Korr.“, Verlust und Unmöglichkeitserklärung des Leitungsbuches für den Galvanoplastiker Rudolf Leichter (Hauptbuchnummer 1033) betreffend, wird hiermit zurückgenommen. Es beruht auf unrichtigen Angaben. Das Buch, in dem der letzte Eintrag vom 10. August 1922 hätte, wurde auf der Leipziger Gauverwaltung aufbewahrt und uns heute zugesellt. Mit etwelchen Ansprüchen an den Verband ist R. an die Hauptverwaltung zu verweisen.

Bezirk Wiesbaden. Am 27. Mai sind an die Bezirkskasse zu zahlen: Verbandbeitrag 1500 M., Gaubeitrag 100 M., Bezirksbeitrag (5 Proz.) 90 M., insgesamt 1690 M. wüchentlich für die Mitglieder des Ortsvereins Wiesbaden beträgt der Wochenbeitrag: Verband 1500 M., Gau 100 M., Ortsbeitrag einschließlich Bezirksbeitrag (10 Proz.) 190 M., insgesamt 2590 M.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die bezügliche Adresse):

Im Gau Hamburg-Wilmsa der Schriftgießer Verein G. Schleichmann, geb. in Stuttgart 1909, ausgeh. 1913; war schon Mitglied. — Hr. Kunzler in Hamburg, Besenbinderhof 57, II.

Arbeitslosenunterstützung

Breisburg i. Br. Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung bis auf weiteres wochentags abends von 6 1/2 bis 9 Uhr Kneipenstraße 4, IV.

Versammlungskalender

- München. Versammlung Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Berkhorn-Haus“ (Zimmer 6).
Breslau. Außerordentliche Generalversammlung Dienstag, den 19. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Dresden. Versammlung der freien Faktoren Sonnabend, den 9. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Kaulbachhof“.
Düsseldorf. Versammlung Sonnabend, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im „Volkshaus“.
Gießen. Frühjahrs-Bezirksversammlung Sonntag, den 24. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Gießen, Schanzengraben. — Anträge können bis zum Tage der Versammlung eingereicht werden.
Stettin. Maschinenmeister-Konferenzversammlung Sonnabend, den 9. Juni, abends 7 Uhr, bei Scheerbarth.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 50 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 250 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.
Annehmefschluß: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postschekeneinzahlung.

Sparbleistift „Piuma“ mit auswechselbarer Mine, billiger im Gebrauch als der gewöhnliche Bleistift. Verlangen Sie Prospekt. Aug. Edens, Brandenburg (Havel), Packhofstraße 5, I.

Ächtiger, strebsamer Maschinenmeister Firm im Installations-, Werk-, Platten-, Zeichnungs- u. Farben- druck, mit familiären An- legesparatzen vertraut, sucht Stellung, egal wohnort, ev. auch auswärtig. Angeb. erbeten unter A. E. K. hauptpostl. Kiel.

Am 23. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Gelehrte Hermann Knuth im 37. Lebensjahre. Sein Andenken bewahrt in Ehren. Der Buchdruckerverein der Freien-Stadt Danzig (V. d. D. V.).

Wir suchen zum alsbaldigen Antritt einen in der DVPD. organisierten Lokal-Redakteur für unsere Zweig-Redaktion in Weimar. Bewerber müssen stenographischkundig sein (Aufnahme der Landtagsverhandlungen), über Erfahrungen in kommunalpolitischen Hinsicht verfügen und mit dem Nützlich in der Arbeiterbewegung vertraut sein. Bewerbungen über bisherige Tätigkeit und Gehaltsforderungen sind zu richten an Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena, Verlag „Das Volk“.

Ächtiger, strebsamer Schriftgießer mittlerer Jahre, lebhaft, an guten Arbeiten gewöhnt, Kenner der französischen Kompletzgießmaschine Typ 1 u. 2, erfahrener Handmaschinenlegler, f. Schreibschrift u. Holzguß, auch Fertigmacher u. Ofengelehrter, wünscht sich zu verändern. Werte Offerten unter K. O. 344 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbet.

Am 26. Mai verstarb der Drucker Erich Noack. Ehre seinem Andenken! Verbandskollegen der Reichsdruckerei, Berlin.
Am 28. Mai verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Freund und Kollege, der Gelehrte Paul Heymann aus Rugebuhle (Pomm.) im Alter von 20 Jahren. Der Verstorbene wird uns unvergesslich sein. Berlin, im Juni 1923. Willi Semmler, Emil Köhler.

Monolinefeker zu möglichst baldigem Antritt gesucht. Buchdruckerei C. A. Walther, Döllsch (Bez. Halle).

Ächtigen Typographfeker mit längerer Praxis stellt sofort ein „Provinzialzeitung“, Oestfendünde.

Am 28. Mai verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Freund und Kollege, der Gelehrte Paul Heymann aus Rugebuhle (Pomm.) im Alter von 20 Jahren. Der Verstorbene wird uns unvergesslich sein. Berlin, im Juni 1923. Willi Semmler, Emil Köhler.

Schriftgießer für Küstermannsche Schnellguß- u. Foucher-Kompletzmaschine Typ I sowie tüchtigen Zurlichter sucht die Schriftguß A.-G. vorm. Brüder Butter, Dresden-N.

Maschinenmeister flottes Zeichnungs- und Farben- drucker, für dauernd gesucht. Holzinger & Co., Stuttgart, Pfisterstraße 6.

Am 28. Mai verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Freund und Kollege, der Gelehrte Paul Heymann aus Rugebuhle (Pomm.) im Alter von 20 Jahren. Der Verstorbene wird uns unvergesslich sein. Berlin, im Juni 1923. Willi Semmler, Emil Köhler.

Junger, tüchtiger Leipziger Rotations- maschinenmeister durchaus erfahren an Illustrations- sowie Zeitungs- rotationsmaschinen verschiedener Systeme, auch mit Stereotypie vertraut, sucht sofort Stellung. Egal wohnort! Zeugnisse und Druckmuster sind vorzulegen. Best. Offerten erbeten unter Nr. 322 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7.

Ein perfekter Dreilingmaschinen- gießer sowie ein Justierer auf Zinkmatern, möglichst lebhaft, werden per sofort gesucht. Zu melden bei R. Ebersbach, Leipzig, Eibonkenstraße 63.

Russisches Hilfsbuch zum Gebrauch f. Schriftgießer, Korrektoren und verw. Berufe. Von A. Wernke in d. Grundzahl 90 Bl., Schlüssel 3000 (Porto 100 M.). Verlag: Bildungs- verband d. Dtsch. Buchdrucker, Leipzig, Calomnstraße 8 III.

Egal wohin! In- oder Ausland! Junger, strebsamer Galvanoplastiker 23 Jahre alt, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, welcher auch in der Stereotypie bewandert ist, sucht Stellung im In- oder Auslande. Gute Zeugnisse vorhanden. Best. Angebote erbeten an Erich Weber, Braunschweig, Rosenstraße 16.

Achtung! Vogtland! Junger, tüchtiger Aktidenzdrucker mit allen vorkommenden Arbeiten an Regel und Schnell- presse vertraut, auch im Prägen gut bewandert, in noch ungekündigter Stellung, sucht für sofort oder später im Vogt- lande Kondition. Bevorzugt kleinerer Betrieb, wo Aus- bildung am Rasten möglich. Dauerstellung Werte Angebote unter Nr. 337 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbet.

Nur wenige Tage nach seinem 70. Geburtstag, an dem wir ihn noch ehren und feiern dürften, ist unser verehrter Seniorchef Herr PAUL WOHLFELD gestern nachmittag sanft entschlafen. Seit 45 Jahren hat er an der Spitze der Buch- druckerei A. Wohlfeld gestanden und ist uns allen nicht nur mit seinem bewährten Rat, sondern auch mit der Tat stets hilfsbereit gewesen. Hoch zu schätzen wußte er die Mitarbeit jedes einzelnen. Das Andenken an den von Herzen verehrten Führer wird in unserer dankbaren Er- innerung bleiben, sein Geist aber wird fortleben in seinem Werk. Magdeburg, den 2. Juni 1923. Das gesamte Personal der Buchdruckerei A. Wohlfeld